

Gorleben-Untersuchungsausschuss

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

der Standort Gorleben als Atommüll-Endlager ist politisch, juristisch und wissenschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen. Nach drei Jahren Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss steht fest, dass es eine unvoreingenommene Erkundung des Standorts Gorleben nie gab und daher auch nie wird geben können.

Die Methode Gorleben ist gescheitert. Das wissen alle, die sich mit den aktuellen Fragen zur Endlagersuche beschäftigen. Selbst Bundesumweltminister Altmaier (CDU) versucht, aus den Fehlern von Gorleben zu lernen. Seine Parteikollegen im Untersuchungsausschuss dagegen wollten Aufklärung verhindern, um das schwarze Kapitel Gorleben reinzuwaschen.

Der Untersuchungsausschuss hatte die Aufgabe zu prüfen, ob es politische Einflussnahmen bei der Standortentscheidung gab. Das konnte eindeutig bewiesen werden. Auch wurde in Gorleben das falsche Rechtsverfahren angewendet – Bergrecht statt Atomrecht – um eine Bürgerbeteiligung bewusst zu umgehen.

Jahrzehntelang haben CDU/CSU und FDP in Gorleben getrickst. In der Bewertung kommen sie nun zu dem Schluss, dass bei der Standortauswahl pro Gorleben immer alles richtig gelaufen ist. Das ist völlig absurd und behauptet sonst heute niemand mehr.

Wenn Union und FDP nicht in der Lage sind, aus ihren Fehlern zu lernen, gefährden sie den Kompromiss zur neuen Endlager-Suche. Das habe ich auch in der Debatte zum Abschlussbericht im Bundestag gesagt. Meine Rede und den link zur ganzen Debatte finden Sie [hier](#).

Ihre

Handwritten signature of K. Luehmann in black ink.